



Liebe Leserinnen und Leser,

Dienstag nahm ich auf Einladung der rheinland-pfälzischen IHK und HWK an einem Parlamentarischen Abend hier in Berlin teil. Alle Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz waren eingeladen, die Vorstände der Kammern waren alle gekommen. Es war ein sehr informativer und gelungener Abend.

Auf dem Weg zum Veranstaltungsraum traf ich mit Andrea Nahles im Fahrstuhl zusammen. Das war das erste Mal seit unserer Wahl, dass wir Gelegenheit hatten, ein paar Worte miteinander zu wechseln. Im Plenum sehe ich sie so gut wie nie. Hans-Jürgen Podzun, Hauptgeschäftsführer der IHK Koblenz, nahm Frau Nahles mit an seinen Tisch.

Ich hatte Gelegenheit zu vielen guten Gesprächen, vor allem mit dem Hauptgeschäftsführer der HWK Koblenz, Alexander Baden, dessen Präsidenten, Werner Wittlich, und mit Manfred Sattler, dem Präsidenten der IHK Koblenz. Zufälligerweise saß auch ein Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle mit an meinem Tisch. Es war sein erster Tag beim Wirtschaftsminister und er sollte diesen zu verschiedenen Vorträgen begleiten, um sich die sprachlichen Eigenheiten einzuprägen.

Bundesminister Brüderle war an diesem Abend Schirmherr und hielt eine kurze Rede. Er setzte zwar zu den aktuellen Themen andere Akzente, als ich sie aus unserer Fraktion kenne, aber im Grunde sind wir uns über die aktuelle Lage und die Handlungsoptionen des Staates einig.



W.Wittlich, M.Heil, A. Baden

Ihre

M. Heil

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76423
Em@il mech-
thild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de

Meine Großstadt

Diese Woche war die Straße, in der ich wohne, gesperrt. Kein Anwohner durfte mehr dort parken. Der Grund waren Filmdreharbeiten. Otto Waalkes macht einen neuen Film. Ihn selber habe ich nicht zu Gesicht bekommen, aber die Film-Crew war umso präsenter. Was für ein Aufgebot an Wagen, Gerätschaften und Menschen! Nur der Cateringlieferant unterbrach das Gewusel eine Zeit lang und sorgte für eine gewisse Ordnung. Meine Mitarbeiterinnen, von denen die eine in Berlin geboren ist und die andere schon länger dort lebt, konnte ich mit meinen Erzählungen von den Vorgängen nicht beeindruckt. In Berlin werden ständig Straßenzüge für Dreharbeiten gesperrt. Ich fand es aufregend. Und auf die Filmzene in meiner Straße freue ich mich schon heute.

PS: Danke für die vielen Bilder aus der Heimat, die Sie mir schon geschickt haben. Wie bereits in den letzten Ausgaben möchte ich Sie heute zum letzten Mal bitten, mir bei der Auswahl der Motive aus unserer schönen Heimat zu helfen. Ihren Vorschlag mit der Bildnummer senden Sie bitte an Mechthild.Heil@bundestag.de. Vielen Dank an alle, die schon mitgeholfen haben und an jene, die noch mithelfen werden.



Bild 11: Sinziger Schloß



Bild 12: Klosterabtei Maria Laach



Bild 13: Ahrbrücke bei Rech



Bild 14: Ahrtal



Bild 15: Vulkanexpress

Rettungsschirm für den Euro

Die anhaltende Krise an den Finanzmärkten und die Gefahr ihrer weiteren Ausbreitung machten in der vergangenen Woche ein erneutes, rasches politisches Handeln erforderlich. Um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation einer Reihe von Euro-Staaten weiter verschärft, haben wir in einer Sondersitzung ein weiteres Rettungspaket für die Finanzmärkte auf der Basis der EU-Vereinbarungen beraten und auf den Weg gebracht.

Gemeinsam mit unseren Partnern hat die Bundesregierung auf dem Rat der Europäischen Union am 10. Mai beschlossen, einen Rettungsschirm für den Euro aufzuspannen. Wir tun dies aus wohlverstandenen nationalen Interesse heraus: Eine weitere Eskalation der Krise würde nicht nur die Zahlungsfähigkeit einer Reihe von Staaten, sondern den Fortbestand der gesamten Währungsunion und damit die Stabilität unserer Währung gefährden.

Künftig soll es deshalb möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. In dieser Absicht soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Mrd. Euro bereitstellen und eine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Mrd. Euro gewähren kann. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Mrd. Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

Die Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Garantieteil von 123 Mrd. Euro, der im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % erhöht werden kann. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einvernehmlicher Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss.

Als zwingende Konsequenz aus der Krise wollen wir den unter Rot-Grün ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen.

Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, sich über die Bankenabgabe hinaus auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen und so schnell als möglich auch zu nationalen Maßnahmen zu kommen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen. Wir werden zudem die europäische Ratingagentur vorantreiben und wir werden natürlich auch dafür sorgen, dass die Maßnahmen, die wir bereits im Gesetzgebungsverfahren haben, beschleunigt werden, so beispielsweise die Kontrolle der Hedge-Fonds.

NRW braucht stabile Regierung

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hat die CDU ein schmerzliches Wahlergebnis erzielt, gleichwohl bleiben wir mit einem knappen Vorsprung stärkste Partei im Landtag. Dies sollten wir bei aller berechtigten Selbstkritik nicht aus den Augen verlieren.

Diese Tatsache muss auch die Spitzenkandidatin der SPD anerkennen, unter der die Sozialdemokraten in NRW das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte eingefahren haben. Hannelore Kraft hat vor der Wahl immer erklärt, dass die Linke in NRW nicht koalitionsfähig sei.

Daran hat sich seit dem Wahltag nichts geändert. Noch immer strebt die Linke eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, noch immer fördert sie in ihren Reihen offen extremistische Strömungen. Obwohl die Linke in NRW nicht koalitionsfähig ist, will Frau Kraft nun gleichwohl mit dieser Partei Sondierungsgespräche führen. Letztlich legt sie damit dasselbe Verhalten an den Tag, das schon die ehemalige hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti gezeigt hat.

Mit der Linkspartei ist in NRW keine Zusammenarbeit möglich. Nordrhein-Westfalen braucht vielmehr eine stabile Regierung und kein Experiment, mit dem die Sozialdemokraten im Labor der Landespolitik neue Koalitionsmöglichkeiten für den Bund im Jahr 2013 erproben wollen.

Deutsche Islamkonferenz

Mit der Plenumsitzung am Montag dieser Woche hat die zweite Phase der Deutschen Islamkonferenz (DIK) begonnen. Wir begrüßen die Fortsetzung des Dialoges zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland, die die Verbesserung der religionsrechtlichen und gesellschaftlichen Integration der Muslime in Deutschland zum Ziel hat.

In ihrer zweiten Phase erfolgt eine stärkere praktische Ausrichtung der DIK. Die Verweigerung der Teilnahme durch den Zentralrat der Muslime (ZMD) ist bedauerlich, es entspricht der von Beginn an demonstrierten Verweigerungshaltung der in ihm zusammengeschlossenen Verbände, die Inhalt und Zusammensetzung des Dialogforums einseitig diktieren wollen. Dem Erfolg der Islamkonferenz steht dieses aber nicht entgegen. Nach Ergebnissen der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (BAMF 2009) fühlen sich rund ein Viertel der Muslime in Deutschland von den bisher an der DIK teilnehmenden islamischen Dach- und Spitzenverbänden vertreten.

Wir begrüßen deshalb die Entscheidung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, an der Islamkonferenz als einem breit angelegten Dialogforum neben den Verbänden weiterhin auch kompetente Einzelpersonen teilhaben zu lassen.

Diese Woche im Parlament

In erster Lesung beraten wir das Gesetz zur Umsetzung der geänderten **Bankenrichtlinie** und der geänderten Kapitalmarkttrichtlinie, mit dem im Wesentlichen drei von der Europäischen Union im Jahr 2009 beschlossene Änderungsrichtlinien in nationales Recht umgesetzt werden. Damit sind die Weichen hin zu einer besseren Beaufsichtigung der Kreditinstitute und Finanzdienstleister und einer intensiveren Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden auf europäischer Ebene gestellt. Mit diesen Maßnahmen sollen künftige Fehlentwicklungen vermieden und die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors in Krisenzeiten verstärkt werden, damit sich Marktverwerfungen nicht mehr zu einer globalen Finanzkrise entwickeln können.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **„Stabilisierung des Finanzsektors – Eigenkapitalvorschriften für Banken angemessen überarbeiten“** unterstützen wir das Ziel der Stärkung des globalen Finanzsystems durch eine harte und effiziente Regulierung der Finanzmärkte. Zur Vorbeugung künftiger Risiken auf den Finanzmärkten sind Anpassungen an den

Eigenkapitalregeln von Basel II notwendig. Dabei muss im Rahmen der internationalen Verhandlungen auch weiterhin darauf geachtet werden, dass die Chancengleichheit im Wettbewerb sowohl weltweit zwischen international tätigen Kreditinstituten als auch zwischen national und international tätigen Kreditinstituten sowie zwischen Kreditinstituten verschiedener Institutsgruppen in Deutschland aufrechterhalten, wo nötig verbessert und eine Benachteiligung für die mittelständische Wirtschaft vermieden wird.

In zweiter und dritter Lesung steht das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur **Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“** zur Verabschiedung an. Die Novellierung setzt das Ergebnis der langen politischen Verhandlungen um die Besetzung der Sitze im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ um. Die Zahl der Mitglieder im Stiftungsrat wird von 13 auf 21 erweitert, die Zahl der Mitglieder im wissenschaftlichen Beirat von 9 auf bis zu 15 erhöht. Die Wahl der Mitglieder erfolgt zukünftig durch den Deutschen Bundestag.

Daten und Fakten

Mehr Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil

In den vergangenen zehn Jahren ist in Deutschland der Anteil der Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil an allen neugeborenen Kindern gestiegen. Von den rund 683.000 Kindern, die 2008 in Deutschland zur Welt kamen, hatten etwa 159.000 (23 %) mindestens ein ausländisches Elternteil. Im Jahr 1998 hatte der Anteil noch bei 20 % gelegen. Im Jahr 2008 besaßen bei 64.000 Kindern Vater und Mutter eine ausländische Staatsangehörigkeit, 95.000 Kinder stammten aus deutsch-ausländischen Beziehungen: 51.000 davon hatten einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter und die verbleibenden 44.000 hatten eine deutsche Mutter und einen ausländischen Vater. Insgesamt ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Neugeborenen mit zwei ausländischen Elternteilen um 12.000 zurückgegangen, während die Zahl der Kindern von deutsch-ausländischen Paaren um 6.000 zugenommen hat.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutscher Export auf dem Sprung aus der Krise

Der klare Aufwärtstrend bei den deutschen Exporten hat sich im März eindrucksvoll fortgesetzt. Insgesamt wurden von Deutschland im März 2010 Waren im Wert von 85,6 Mrd. Euro ausgeführt. Die deutschen Ausfuhren waren damit im März 2010 um 23,3 % höher als im März des Vorjahres. Die Werte aus dem Rekordjahr 2008 sind damit wieder in Sicht. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Exporte gegenüber Februar 2010 um 10,7 % zu. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im März Waren im Wert von 51,4 Mrd. Euro versandt. Die Warenexporte in die Länder außerhalb der Europäischen Union stiegen mit 34,7 % überdurchschnittlich stark und erreichten im selben Zeitraum einen Wert von 34,2 Mrd. Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zahl der Insolvenzen steigt nicht wie befürchtet

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise rechneten die Experten mit einem drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Tatsächlich mussten im vergangenen Jahr rund 33.000 Unternehmen ihrer Tätigkeit einstellen. Das sind 12 % mehr als in 2008. Damit fiel die Zunahme zwar deutlich, nicht aber – wie zunächst befürchtet – verheerend aus. Der Höchststand aus dem Rezessionsjahr 2003 mit fast 40.000 Insolvenzen wurde deutlich unterschritten.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)